

**Antrag 141/I/2025****KDV Spandau****Der Landesparteitag möge beschließen:****Gerechte Azubi-Mindestausbildungsvergütung**

1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Bundestages  
 2 setzen sich dafür ein, dass  
 3 Die Azubi-Mindestausbildungsvergütung zukünftig für  
 4 Auszubildende ab mindestens dem 2. Lehrjahr an den  
 5 gesetzlichen Mindestlohn gekoppelt und darüber hinaus  
 6 sichergestellt wird, dass die Unterstützungsprogramme  
 7 für Auszubildende so gestaltet werden, dass diese in der  
 8 Lage sind, auch unabhängig vom Verdienst der Eltern  
 9 ein selbstständiges Leben außerhalb der elterlichen Woh-  
 10 nung oder des elterlichen Hauses und oberhalb der Ar-  
 11 mutsgrenze zu führen und sich dementsprechend zu ver-  
 12 sorgen.

13

**Begründung**

15 Der Spruch „Lehrjahre sind keine Herrenjahre“ ist eine ka-  
 16 pitalistische Umdeutung, um die Ausbeutung von Aus-  
 17 zubildenden zu rechtfertigen. Selbstverständlich ist eine  
 18 Ausbildung dazu gedacht, die Qualifikation für einen Be-  
 19 ruf zu erreichen. In der Realität ist es jedoch so, dass Aus-  
 20 zubildende in vielen Berufen bereits nach kurzer Zeit wie  
 21 feste Mitarbeiter im Betrieb eingesetzt werden und an  
 22 den Tagen im Betrieb auch entsprechende Gewinne er-  
 23 wirtschaften. Es gilt der Grundsatz, dass gute Arbeit gut  
 24 zu bezahlen ist. Hierbei können Betriebe bei Bedarf, der  
 25 zu überprüfen ist, auch staatlich unterstützt werden.

26

27 Unabhängig vom produktiven Arbeitsanteil der Auszubil-  
 28 denden ist eine Ausbildung eine Vollzeitaufgabe. Es ist  
 29 Auszubildenden nicht zuzumuten, neben der Ausbildung  
 30 eine weitere Stelle anzunehmen, wie es vielfach der Fall  
 31 ist. Daher muss klar sein, dass aus der Tätigkeit in der Aus-  
 32 bildung auch eine Vergütung und Unterstützung resultie-  
 33 ren muss, die für ein eigenständiges Leben ab Beginn der  
 34 Volljährigkeit ausreicht.

35

36 Die Vorstellung, dass Auszubildende während ihrer Aus-  
 37 bildung noch bei ihren Eltern leben, ist in vielen Fällen  
 38 eine erstrebenswerte Idealvorstellung, die in der Realität  
 39 jedoch häufig und aus unterschiedlichen Gründen nicht  
 40 tragfähig ist. Auszubildenden muss es daher möglich sein,  
 41 auch unabhängig von ihrem Verhältnis zu den Eltern und  
 42 von deren finanzieller Lage leben zu können. Selbstver-  
 43 ständlich ist es denkbar, entsprechende Hilfen nicht pau-  
 44 schal zu leisten, sondern von der tatsächlichen Lebenssi-  
 45 tuation der Auszubildenden abhängig zu machen.

46

47 Die Einführung einer solchen Lösung würde die Entschei-  
 48 dung eine Ausbildung auf sich zu nehmen massiv fördern,

**Empfehlung der Antragskommission****Annahme, Streichung BPT, Überweisung Landesgruppe  
(Konsens)**

49 zu einem starken Zuwachs an Gerechtigkeit in der Arbeits-  
50 welt führen sowie das Profil der SPD als Arbeiterpartei  
51 stärken.